

Altersvorsorge überfordert unseren Staat

Unser Staat, den wir im Deutschen gern 'Vater Staat' nennen, zeigt in diesen Wochen angesichts der von der Bundesregierung mitverursachten Migrationswelle Anzeichen deutlicher Überforderung.

Ohne weitere Belehrung aus der eigenen Geschichte zu ziehen, beschreitet Deutschland erneut einen geschichtlichen Sonderweg. Ebenso sehr wie bei der großen Energiewende erntet die Bundesrepublik - allen voran Bundeskanzlerin Merkel - international viel Lob für ihre vermeintliche Führungsrolle. Allein, Nachahmer findet sie nicht. Besorgniserregender ist jedoch, dass Merkel in der eigenen Bevölkerung keinen Rückhalt für den ausgestrahlten Optimismus („Wir schaffen das! [...] Es gehört zu unserer Identität, Großes zu leisten!“) findet.

Dabei ist die Flüchtlingskrise durchaus kein schwerwiegendes ökonomisches Problem für Deutschland. Zumal die Bundesrepublik eindeutige Stärken in der Logistik aufweist. Vielmehr erweisen sich die gesellschaftlichen Aspekte der orientalischen und nordafrikanischen Zuwanderung als neuralgisch. Kommt die Politik allerdings auf die Ökonomie zu sprechen, dann sollten wichtigere

Themen auf der Agenda der Bundesregierung stehen.

Und tatsächlich existiert eine enorme Schnittmenge zwischen der Flüchtlingsthematik mit dem Hauptmenetekel der deutschen Wirtschaft; dem demographischen Wandel. Man streut sich Sand in die Augen, wenn man den demographischen Wandel



mit seinen gravierenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft nicht als größtes Problem dieses Landes anerkennt. Aber genau auf diesem Gebiet ist das Politikversagen seit Jahrzehnten besonders eklatant. Die zunehmende Vergreisung Deutschlands und der Mangel an Kindern führen zu existenziellen Gefahren für die heute bestehenden politischen Umverteilungssysteme. Vor allem

im Bereich der Alters- und Gesundheitsversorgung wird das heute erreichte, aber bereits zurückgebaute Niveau, nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten sein. Die spärlichen Versuche verschiedenster Bundesregierungen jedweder Couleur, den Einstieg in eine private Alters- und Gesundheitsvorsorge zu gestalten, sind mehr oder minder kläglich gescheitert, weil sie von Anfang an inkonsequent angepackt wurden.

Selbst die historische und sukzessive Abschaffung positiver Habenzinsen seit der großen Finanzkrise 2007ff. durch die Europäische Zentralbank veranlasste weder Politik noch Bürger bei ihren traditionellen Geldanlagen zum Umdenken. Wenn aber die Abschaffung des Zinses nicht dazu führt, dass die Menschen mehrheitlich attraktivere Anlageformen für ihr Geld suchen und finden, dann darf man für die Zukunft der Aktienkultur in Deutschland nicht allzu optimistisch sein. Stattdessen haben Schlagzeilen Konjunktur, die die vermeintlich ungleiche

Verteilung des Vermögens als Ungerechtigkeit geißeln. Kaum jemand scheint jedoch zu bemerken, dass diese Vermögen ganz überwiegend der Beteiligung an Unternehmen geschuldet sind. Stellt man einmal die Frage in den Raum, wie die zehn reichsten Familien Deutschlands zu ihrem Vermögen gelangt sind, wird man sehen, dass ausnahmslos unternehmerisches Wirken für diesen Erfolg verantwortlich war. Zugespitzt könnte man sagen: Wer die Ungleichheit bekämpfen will, der sollte am besten das Unternehmertum abschaffen, sodass großer Wohlstand gar nicht erst entstehen kann.

Vom Staat ist auf dem Gebiet der Vermögensbildung nichts Positives zu erwarten. Die Bürger müssen bei der Altersvorsorge selber Mündigkeit erwerben. Ansonsten bleibt die langfristig überlegene Anlageklasse Aktie eine Angelegenheit für jene zehn Prozent der Bevölkerung, die bereits seit Jahrzehnten von ihrer Vorteilhaftigkeit überzeugt sind. Zur Ironie der Situation gehört auch, dass sich die Bürger - angesichts des Internets und hoher Transparenzstandards in der Finanzindustrie - noch nie so gut über die Finanzmärkte und die dortigen Produkte informieren konnten wie heute. Allein, sie tun es nicht. Dabei gilt der goethe-

sche Satz aus Wilhelm Meisters Wanderjahren:

Es ist nicht gut zu wissen,
man muss auch anwenden;
Es ist nicht genug zu wollen,
Man muss auch tun!

Aus Chicago,

Ihr



Dr. Christoph Bruns